

EINFÜHRUNG

BERND RILL || Hierzulande dürfte die türkische Außenpolitik mehr an Aufmerksamkeit auf sich ziehen als die Ereignisse, die zwischen Edirne und Erzurum, Trabzon und Antalya, also im Lande selbst, bestimmend sind. Doch müssen, wie stets in der Politik, beide Bereiche als eng aufeinander bezogen verstanden werden. Das kommt auch in einer der Parolen zum Ausdruck, die Kemal Atatürk, der Gründer der Republik, seinem Volke eingehämmert hat: „Yurtta sulh – cihanda sulh“, das ist: „Frieden zu Hause, Frieden in der Welt“.

Die türkische Innenpolitik ist bereits kurz nach dem Tod des dominierenden Staatsgründers und „Entwicklungsdiktators“ in größere Bewegung geraten. Islamische Kräfte begannen, sich geltend zu machen, die Wirtschaft liberalisierte sich. Dies trug zu sozialen Spannungen bei, die dem Stabilitätsbedürfnis der Armee, die sich als Hüterin des kemalistischen Erbes verstand, derart widersprachen, dass sie Ministerpräsident Menderes im Jahre 1960 die Macht entriss. Die Armee hatte dabei nicht das Gefühl, einen „Putsch“ durchgeführt zu haben, sondern vielmehr eine Art pädagogischen Eingriffes, damit die Türken auf dem Wege zu einer Demokratie westlichen Zuschnittes, wie sie Atatürk als Endpunkt der nationalen Entwicklung vorgeschwebt hatte, von dem vernünftigen Wege nicht abwichen.

Es war aber unvermeidlich, dass der prononcierte Etatismus, der noch dazu mit Bajonetten bewehrt war, das Entstehen einer Demokratie, die nach westlichem Verständnis ohne gesellschaftlichen Pluralismus nicht denkbar ist, nicht förderte – selbst wenn die Armee nach ihrem politischen Durchgreifen sich wieder in die Kasernen zurückzog, so auch nach ihren Machtübernahmen von 1971 und 1980 (den Sturz Erbakans 1997 bewerkstelligte sie sogar, ohne aus den Kasernen ausrücken zu müssen). Die jahrhundertelange Herrschaft des Sultans war kraft einer gewissen Selbstverständlichkeit autoritär gewesen, die Atatürks war es erst recht, und die Armee, ob sie

sich selbst so verstand oder auch nicht, sorgte dafür, dass es bei dem altgewohnten Autoritarismus blieb.

Hier begann sich erst mit dem Machtantritt der AKP (November 2002) wirklich etwas zu ändern. Diese Aussage soll mit aller Vorsicht getroffen sein. Denn einerseits sind die autoritären Züge im Politikstil von Ministerpräsident Erdogan unverkennbar, andererseits spricht seine AKP Schichten der türkischen Öffentlichkeit an, die bisher eher abseits des politischen Interesses gestanden hatten, und er hat sich damit eine anscheinend stabile Machtbasis gesichert. Seine Betonung religiöser Elemente ist in diesem Zusammenhang wichtig, auch wenn nicht zu Unrecht gesagt wird, das Andauern des wirtschaftlichen Aufschwunges in der Türkei sei es womöglich noch mehr. Denn die von ihm gesetzten islamischen Akzente sprechen eine Religiosität in breiten Schichten an, die von den rationalistischen Modernisierern im Gefolge Atatürks systematisch unterschätzt worden ist.

Diese neuen Elemente in der Innenpolitik sind – so lautet eine Vermutung – vielleicht im Begriffe, von einem zusätzlichen neuen Element überholt zu werden, das sich in gesellschaftlichem Pluralismus und einer selbstbewussten Zivilgesellschaft manifestiert, die dem kemalistischen Etatismus und auch dem „sultanischen“ Regierungsstil Erdogans diametral entgegengesetzt ist. Wir spielen hier auf die wochenlangen Demonstrationen

auf dem Istanbuler Taksim-Platz (Frühjahr und Sommer 2013) und in vielen anderen Städten an. Ein derart umfassendes Beispiel zivilen Ungehorsams hat die Geschichte der türkischen Republik noch nicht erlebt. Denn die Kurden- und Derwisch-Aufstände, mit denen Atatürk zu kämpfen gehabt hatte, waren von der Qualität von Bürgerkriegen gewesen, und die diversen rechts- und linksgerichteten Terrorismen, die die Armee 1980 zum Eingreifen veranlassten, sind sicher nicht unter Unruhen im Schoße einer doch grundsätzlich friedlichen Zivilgesellschaft zu subsumieren. Das Spektrum der auf dem Taksim-Platz Demonstrierenden war so umfangreich, quer durch die religiösen, moralischen (auch bekennende Homosexuelle waren dabei) und ethnischen Lager, dass für westliche Beobachter der Eindruck entstehen durfte, der ihnen gewohnte gesellschaftliche Pluralismus sei nun auch am Goldenen Horn angekommen.

Aber erst die Zukunft wird erweisen, ob solche Einschätzungen zutreffend sind, oder ob hier vorschnell westliche Erwartungshorizonte auf ein Land des Nahen Ostens projiziert werden, das in seiner kulturellen Prägung eben doch nicht zu Europa gehört. Neben der (mit dem Projekt einer gründlich revidierten Verfassung verbundenen) Zukunft der AKP-Regierung, die mit den Unruhen eher inadäquat umgegangen ist und damit eine ganz unerwartete Verunsicherung gezeigt hat, ist die Frage, inwieweit sich die türkische Gesellschaft tatsächlich aus dem Bann von Religion und Autoritarismus löst, die wohl umfassendste, die sich den Analytikern türkischer Innenpolitik kurz- und mittelfristig stellt.

Die anderen einschlägigen Fragen scheinen ein eher eingeschränktes Bezugsfeld zu haben, doch täuscht das. Das Verhältnis der Staatsmacht zu den Kurden ist nämlich die Probe auf das Exempel, wie viel an Liberalität unter Überwindung des üblichen, homogenisierenden Nationalismus im Lande realisierbar ist. Davon untrennbar ist die Zukunft eines pluralistischen Gesellschaftsmodells. Erdogan hat mit Öcalan ernsthaft über eine Beilegung des nicht erst seit 1984, sondern, vor der Gründung der PKK, schon seit Atatürk schwelenden Konfliktes verhandelt und damit den gleichen Mut bewiesen wie einer seiner Vorgänger, Turgut Özal. Jedoch ist bis heute der Konflikt nicht sicher beigelegt. Solange Türken und

Kurden nicht in einem Staatswesen friedlich zusammenwohnen können, hat waffenstarrer Autoritarismus in Ankara eine große Chance, auch nach der inzwischen weitgehend erfolgten politischen Entmachtung der Armee durch die AKP. Schuldzuweisungen an die eine oder die andere der beteiligten Streitparteien sind immer möglich, doch ist hier die staatsmännische Leistung gefragt, über diese konfliktuelle Ebene hinauszuwachsen.

In vergleichbarem Zusammenhang ist das Zugehen auf die Armenier zu sehen, welches Erdogan versucht hat, denn es gibt nicht nur einen Gradmesser für die Reputation der Türkei im westlichen Ausland ab, sondern auch für die interne Fähigkeit, kontroverse Geschichtsdebatten auf zivilisierte Weise auszutragen.

Schließlich sollte die türkische Republik endlich mit dem laizistischen Grundprinzip Ernst machen, das ihr der Staatsgründer verordnet hat, indem sie nicht das Vorliegen türkischer Nationalität ohne weiteres mit der Zugehörigkeit zur sunnitischen Glaubensrichtung des Islam gleichsetzt, also den in der Minderheit befindlichen Alawiten die gleiche staatsbürgerliche Behandlung zuteil werden lässt wie den mehrheitlichen Sunniten. Hier greift der Einwand nicht, unter „Laizismus“ verstehe man in der Türkei eben, dass der Staat das religiöse Leben kontrolliere, also etwas anderes als den Laizismus der französischen Republik. Denn nach türkischem Verständnis bleibt dem Staat die Möglichkeit, eine Religion im Lande den anderen dort vertretenen Religionen auf administrativem Wege vorzuziehen. Dagegen erscheint das französische Modell „ehrllicher“. Toleranz gegenüber den anderen im Lande wohnenden Glaubensgemeinschaften ist ebenfalls anzumahnen, denn sie ist ein unverzichtbares Element nicht nur des (französisch verstandenen) Laizismus, sondern auch einer offenen, pluralistischen Gesellschaft.

Oft wird von türkischer Seite vorgebracht, derlei in die Richtung eines größeren Pluralismus weisende Tendenzen würden das immer noch lebendige Trauma heraufbeschwören, dass in der Vergangenheit der osmanische Staat während seiner Schwächephase als „kranker Mann am Bosphorus“ von den europäischen Mächten im Namen von Minderheitenrechten und religiöser Offenheit untergraben worden sei, um sich seine

losgerissenen Provinzen desto leichter aneignen, am Ende das Reich bis auf einen kleinen Rest in Anatolien verschwinden lassen zu können. Vergleichbar gefährde der Pluralismus-Import aus dem Westen den Zusammenhalt der heutigen Republik.

Da lässt sich fragen, ob autoritärer Rigorismus diesen Zusammenhalt nicht ebenso gefährdet und ob es nicht an der Zeit ist, sich aus dem Fatalismus, der in solchen historischen Argumenten immer enthalten ist, herauszulösen, gerade um dem Ziel zu dienen, dem Erdogan und die AKP sich nicht weniger verschrieben haben, als es einst Atatürk getan hat: für die Kräfte, die diese vorderasiatische Republik in so reichem Ausmaße besitzt, eine von Vorurteilen freie Entfaltungsmöglichkeit zu sichern, die ihr unter den Staaten der Region einen besonders angesehenen Platz auf Dauer sichert.

|| BERND RILL

Referent für Recht, Staat, Europäische Integration, Integrationspolitik und Dialog der Kulturen, Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München